

# Protokollauszug

## aus der

### 36. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

#### vom 15.12.2022

---

öffentlich

#### **Top 4      Vorstellung Gutachten Elternbeitragsordnung**

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es das Ziel sei, dass die Ergebnisse aus anderen Ausschüssen hier mit einfließen.

Frau Aubel führt aus, dass die Berichterstattung aufgrund der Veröffentlichung im Ratsinformationssystem erfolgt worden wäre. Es wäre das bewusste Ziel der Verwaltung gewesen, dies öffentlich zu machen. Im Nachgang aller Abstimmungen wäre die Befassung im Jugendhilfeausschuss geplant gewesen. Sie zitiert aus der dienstlichen Anweisung des Oberbürgermeisters zum Prüfungsauftrag gemäß § 101 Absatz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wie folgt:

*„Ich weise mit sofortiger Wirkung an, dass*

- 1) der CISO mit der Unterstützung des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen dieses Prüfungsauftrages betraut wird.*
- 2) sämtliche Unterlagen und elektronischen Dateien, die im Zusammenhang mit der Erstellung der Kalkulation der Elternbeiträge im Zeitraum 2013-18 erstellt wurden, von der Löschung bzw. sonstigen Vernichtung bis auf weiteres ausgenommen sind und zum Zwecke der weiteren Prüfung vorzuhalten sind.*
- 3) die Unterlagen im Sinne Ziff. 2 der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes auf Verlangen auszuhändigen bzw. zugänglich zu machen sind.*
- 4) Fragen im Zusammenhang mit der Aufklärung des Sachverhalts vollumfänglich und unverzüglich beantwortet werden.*
- 5) der FB 23 in Auswertung des Gutachtens einen Maßnahmenkatalog formuliert, um die im Gutachten aufgezeigten organisatorischen Mängel künftig zu vermeiden.*
- 6) der FB 53 das Gutachten dahingehend auswertet, ob sich daraus erforderliche organisatorische Maßnahmen für die Gesamtverwaltung ableiten lassen.“*

Herr Reimann führt aus, dass viele den Bericht der Presse entnommen hätten. Der Rechnungsausschuss würde in der Regel nicht öffentlich tagen.

Herr Wagner und Herr Maßalski vom Institut für Public Management berichten mit Hilfe einer Präsentation über das Gutachten zur Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge 2015 bis 07/2018 (siehe **Anlage 1**).

Frau Dr. Müller verweist in diesem Zusammenhang auf ein Durcheinander zwischen Verwaltungshandeln und politischen Vorgaben. Sie möchte wissen, ob eine chronologische oder eine

getrennte Betrachtung erfolgte. Herr Otto möchte wissen, ob es Fachbereichskonferenzen mit den Abteilungsleitenden und entsprechende Kontrollpflichten gibt. Frau Aubel führt aus, dass es keine Dokumentation zu den Kontrollen gebe. Protokolle der Kontrollen seien vorhanden. Sie macht deutlich, dass man darauf vertrauen müsse, dass die Fachverwaltung die Gesetze richtig liest. Herr Pfeiffer ergänzt, dass ein Kommunikations- und Kooperationskalender entwickelt worden wäre. Die Bereichsleitenden des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport würden jede Woche einmal mit der Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport sprechen. Die Arbeitsaufträge würden gezielt über die Hierarchien gestellt werden. Frau Aubel stellt klar, dass sich die damaligen Mechanismen ihrer Kenntnis entziehen, da sie in dem im Bericht benannten Zeitraum noch nicht in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam tätig war. Herr Maßalski vom Institut für Public Management gibt bekannt, dass es kaum eine schriftliche Dokumentation zur Kalkulation gegeben hätte.

Frau Dr. Müller fragt nach der Haushaltslage. Herr Maßalski vom Institut für Public Management führt aus, dass das Institut für Public Management chronologisch vorgegangen wäre. Entsprechende Beratungen hätten in den Ausschüssen und mit dem AWO Bezirksverband Potsdam e.V. stattgefunden. Frau Aubel ergänzt, dass es zu einem Ergebnis gekommen wäre, das nicht mit dem geltenden Recht konform war. Sie macht deutlich, dass es nicht möglich sei, gesetzliche Vorgaben so zu ändern, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen. Herr Maßalski vom Institut für Public Management macht darauf aufmerksam, dass es ein Zukunftsprogramm und den politischen Willen der Anpassung der Höchstbeiträge gegeben hätte.

Herr Kaiser fragt nach einer Auflistung, mit wem die Interviews durchgeführt worden sind. Herr Maßalski vom Institut für Public Management führt aus, dass nur Positionen aufgelistet worden wären. Es sei nicht geplant, personenbezogene Daten im öffentlichen Teil zu veröffentlichen.

Herr Ströber macht darauf aufmerksam, dass Aussagen von Mitarbeitenden im Controlling und von Führungskräften nicht enthalten seien. Frau Aubel bittet zu bedenken, wem dies bewusst genutzt hätte. Herr Reimann gibt bekannt, dass es auch noch einmal eine zweite Lesung geben wird.

Herr Otto fragt nach der Schlussfolgerung. Frau Aubel führt aus, dass in der Beratungsfolge der Hauptausschuss wohl formal der letzte Ausschuss sei.

Frau Dr. Müller fragt nach dem Grad der Verbindlichkeit. Sie macht deutlich, dass man Eckpunkte festmachen müsse, die man kontrollieren kann. Frau Frenkler macht darauf aufmerksam, dass es in der Landeshauptstadt Potsdam viele freie Träger und daher einen geringen Höchstsatz geben würde. Sie betont, dass es das Ziel sein müsse, eine einheitliche Elternbeitragsordnung herbeizuführen.

Herr Ströber fragt nach etwas Schriftlichem. Herr Reimann antwortet, dass das Gutachten nun im Internet zu finden sei. Alle Ausschussmitglieder seien angehalten, sich damit zu befassen.

Herr Maßalski vom Institut für Public Management betont, dass die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung kooperativ gewesen wären.

Herr Reimann bittet darum, Fachfragen an das Jugendamt zu richten.

PAUSE 17:55 – 18:05 Uhr



# Präsentation

Gutachten Berechnung fehlerhafte Kita-  
Elternbeiträge 2015 bis 07/2018

Landeshauptstadt Potsdam

# Inhalt

## Zielstellung / Leistungen:

- Arbeitspaket 1) Dokumentenrecherche und -analyse,
- Arbeitspaket 2) Durchführen von Interviews der beteiligten Mitarbeiter der LHP und der Gremien,
- Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen,
- Arbeitspaket 4) Dokumentation.

## Arbeitspaket 1) Dokumentenrecherche und -analyse

- Beginn am 02.02.2022; Ende am 02.03.2022
- Physische Ordner, gesamt gesichtet 41, 27 relevant
- Digitale Ordner (155), Dateien (1.542)

## Arbeitspaket 2) Durchführen von Interviews der beteiligten Mitarbeiter der LHP und der Gremien

- Am 22.03.2022 wurden die Liste der zu interviewenden Personen/Organisationen mit dem GB 2 und RPA abgestimmt.
- Am 28.03.2022 wurden die Fragestellungen zu den Personen dem GB 2 und dem RPA vorgestellt.
- Um die Zustimmung des Personalrates zu bekommen, wurden die konkreten Fragen als allgemeine Fragen nach dem offiziellen Fragenkatalog den Mitarbeiter:innen der LHP zugeordnet. Die Bestätigung dazu durch den Personalrat kam am 14.04.2022.
- Terminvorschläge seitens des IPM am 19.04 (dazwischen Ostern)

## Arbeitspaket 2) Durchführen von Interviews der beteiligten Mitarbeiter der LHP und der Gremien

- Beginn am 10.05.2022; Ende am 01.09.2022
- Einladungen zu Interviews: 17
- Durchgeführte Interviews: 15
- Interviewte Personen: 20
- Absage für Interview: 1
- Keine Rückmeldung: 1

## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

- Ein Überblick anhand wichtiger Erkenntnisse.

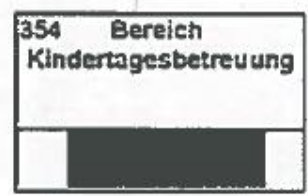
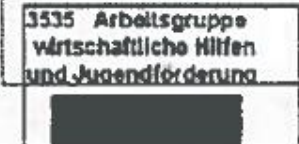
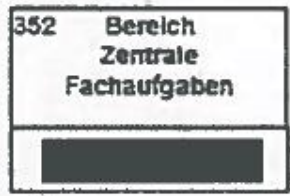
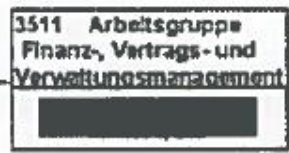
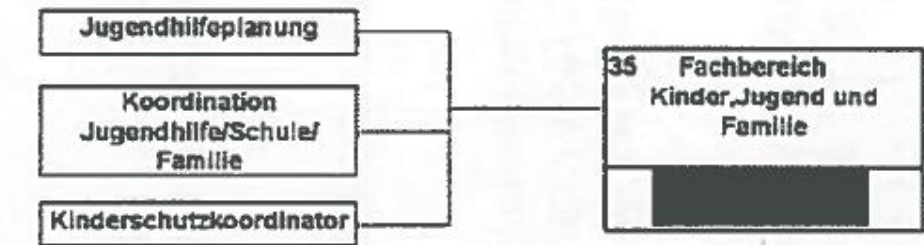


## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

- Der Fragenkatalog bezieht sich bis auf eine Frage auf den Zeitraum Januar 2014 bis September 2015
- Bis auf EF 1.7 gibt es zu allen Fragestellungen konkrete Antworten bezogen darauf, was geklärt werden konnte. Wenn etwas nicht geklärt werden konnte wurde begründet, warum nicht. Beispiel: Datenschutz -> kein Zugriff auf e-mail-Postfächer, Erinnerungslücken in Interviews, nicht geführte Interviews, keine Dokumentation vorhanden etc.
- Die Beantwortung des Fragenkataloges umfasst inkl. der Fragen selbst 18 Seiten.

## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

- Für die Interviews wurde sich darauf verständigt, diese nicht dem Gutachten als Anhang beizufügen. Ebenso sollten Aussagen der Interviewten anonymisiert werden.
- Gründe für die Anonymisierung waren/sind die Befürchtung, dass sich sonst auf ein „Aussageverweigerungsrecht“ bezogen würde. So konnten die Interviewten freier sprechen.
- Die Interviews liegen dem RPA vor, ebenso eine Liste zur Dechiffrierung der Interviewpartner.



## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

- Nach der Allgemeinen Dienstordnung (ADO) ist der Mitarbeiter für die richtige Aufgabenerledigung verantwortlich (2.6). Nach ADO 2.5 i.V.m. ADO 2.4 hat die „Bereichsleitung“ die Kontrolle der Mitarbeiter hinsichtlich der ihnen übergebenen Arbeitsaufgaben durchzuführen. Die Fachbereichsleitung wiederum hat die Bereichsleitung nach deren Kontrollpflicht zu hinterfragen.
- Ob und wie Kontrollen stattfanden kann nicht belegt aber auch nicht widerlegt werden.

## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

- Bereits 2014 lag die Kommentierung „Kindertagesbetreuung in Brandenburg“ von Diskowski / Wilms im Fachbereich 35 als auch in 52.1 vor.
- Darin ist eineindeutig geklärt, dass die Personalkostenzuschüsse nach §16 Abs. 2 abzuziehen sind.
- Es gibt eine Kalkulation, die das berücksichtigt.
- Es gibt aber auch die „andere“ Kalkulation, die das Ergebnis von 584,- € Höchstbeitrag pro Monat ergeben hat (Abzug von Landeszuschüssen nach §16 Abs. 6).

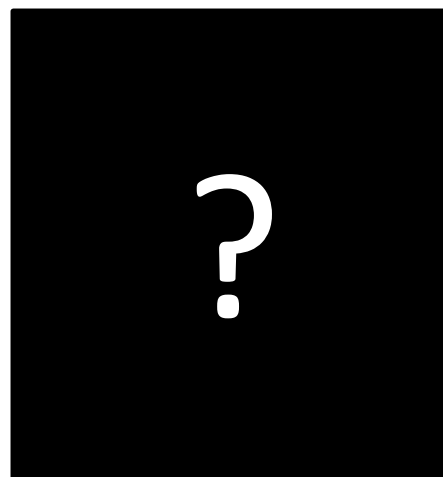
## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

- Warum wurde eine zweite Variante ermittelt?
- Warum wurde sich für die zweite Variante entschieden?
- Die Mitarbeitenden der „AG EBO 2015“ haben sich auf die politische Vorgabe des Zukunftsprogrammes 2017 bezogen, dass der Zuschuss der LHP um 700.000,- € p.a. sinken soll.
- Wer hat entschieden, dass die zweite Variante herangezogen werden soll?
- Wir wissen es nicht.
- Was wissen wir?

## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

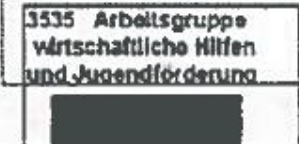
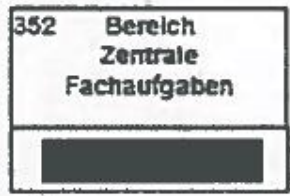
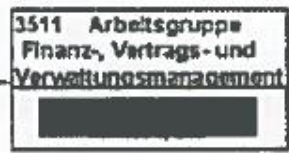
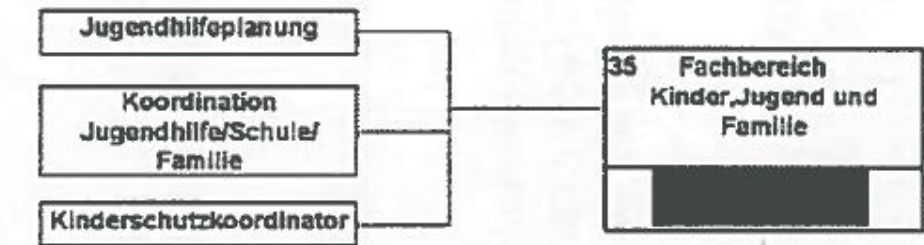
25.02.2014

- Treffen AG EBO 2015
- Der AG war bewusst, dass §16 Abs. 2 abzuziehen ist



07.07.2014

- erste Nennung des Ergebnisses von 584,- € Höchstbeitrag





## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

### **Zusammenfassend:**

- Eine ungenügende Dokumentation sowohl was Vermerke zu Entscheidungen bzw. Gesprächen zu Entscheidungen angeht, als auch was die Kalkulation angeht.
- Kalkulation der Höchstbeiträge nicht im Fokus des allgemeinen Interesses.
- Stattdessen waren im Interesse der Begriff des Einkommens, Geschwisterkindrabatte, Staffelungsvarianten, Beitragsfreiheitsgrenze, Mindestbeitrag...

## Arbeitspaket 3) Beantwortung der Fragen

### **Verpasste Chancen:**

- Es gab lediglich eine einzige Nachfrage aus dem politischen Raum zur Ermittlung der Höchstbeiträge.
- Ein Rechtsgutachten der AWO verweist auf die nicht vorliegende Berechnung der Höchstbeiträge (11.2014).

### Was ist passiert?

- Der Fokus lag nicht auf den Höchstbeiträgen, es wurde nicht erneut nachgefragt.

## Potenziale aus der Betrachtung des Ist-Prozesses

Verwendung nicht aktueller Daten (BK-Abrechnung 2010) und große Kalkulationsintervalle:

- Im KitaG (Stand 2014/2015 und Änderungen im Zeitraum) ist kein Kalkulationszeitraum vorgeschrieben
- Bei Änderung der Gesetzeslage bezogen auf die Kostenstruktur oder Zuschüsse, muss neu kalkuliert werden. (Änderung des Betreuungsschlüssels (höhere Personalkosten) oder der Höhe der institutionellen Förderung zählt bspw. dazu)

## Potenziale aus der Betrachtung des Ist-Prozesses

Der Prozessablauf, die beteiligten Rollen und Personen sowie die zu verwendenden Informationen sind nicht definiert.

Vorgaben mit den Informationen:

- Welche Kosten sind ansatzfähig
- Wie viele Kinder /Verträge sind zu betreuen etc.
- Politische Vorgaben zum Einkommen (EkStG oder SGB XII), Mindesteinkommensgrenze, Staffelungsvorgaben, Geschwisterkinder etc.
  - > Ergebnisse „stückeln“ sich zusammen
- Beteiligte Rollen zur Kalkulation, nicht verschriftlicht

## Vorschläge zur Gestaltung des Soll-Prozesses (Kalkulation eigener Kita)

- Jährliche Kalkulation mit aktuellen Daten, verringert den ungeplanten Zuschuss und verbessert die Sozialgerechtigkeit der Staffelung
- Definition des Prozessablaufs, der beteiligten Rollen und Personen sowie der zu verwendenden Informationen
- Trennung von Höchstsatzkalkulation und politischem Gestaltungsraum (bspw. Staffelung)
- Organisation in den ersten Jahren als Kleinprojekt und Überführung in einen Regelprozess
- Schaffen klarer Vorgaben zur Dokumentation (im Prozess und als „Abschlussbericht“ = Beschlussvorlage)

## Vorschläge zur Gestaltung des Soll-Prozesses (Kalkulation eigener Kita)

Daraus resultierende Effekte:

- Höhere Professionalität und Routine der Prozessbeteiligten
- Bessere Nachvollziehbarkeit für die Verwaltungsführung und die politischen Entscheidungsträger
- Bessere Planbarkeit und Steuerbarkeit des Zuschussbedarfs
- Höhere Sozialgerechtigkeit der gestaffelten Elternbeiträge
- Höhere Gesetzeskonformität (KitaG, KomVerfBrb)



Vielen Dank  
für Ihre Aufmerksamkeit.